

Mission und Neokolonialismus

Ein bis heute das Werk der Glaubensverbreitung belastendes Kapitel stellt die bisweilen recht enge Allianz von Kolonialmacht und Mission vornehmlich im 19. und in der ersten Hälfte des gegenwärtigen Jahrhunderts dar. Beim Evangelisierungsprozeß, der auf der politisch-kirchlichen und missionarisch-religiösen Ebene vonstatten ging, verschmolzen das humanitär-religiöse Sendungsbewußtsein, das Verständnis der Bekehrung der Nichtchristen als wichtige Kulturaufgabe und notwendiger Dienst für die Weltzivilisation mit einer virulent imperialistischen Mentalität und dezidierten wirtschaftlichen Interessen. Erst in diesem Zusammenhang wird die Problematik des wechselseitigen Bedingungsgefüges von imperialistischer Politik und Evangelisation in ihrer vollen Tragweite sachlich zutreffend erfaßt. Die Missionare dieses Zeitraums waren mehrheitlich davon überzeugt, daß die Ausbreitung der westlichen Zivilisation die Voraussetzungen für das Kommen des Gottesreichs auf Erden schaffe. In dieser Einstellung gründete ihr direktes beziehungsweise indirektes politisches Engagement.

Wegen der engen Liaison zwischen westlichem Imperium und Mission kam es immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Missionare, die man als Repräsentanten der verhaßten ausländischen Mächte abqualifizierte, und gegen die einheimischen Christen, in denen man Verräter und Kollaborateure des Feindes sah. Außerdem wurden wiederholt Kirchen und Gebetshäuser zerstört wie auch sonstige Missionseinrichtungen vernichtet.

Bis in unsere Tage dient die „Entente cordiale“ von weltlicher Macht und Mission Gegnern der Kirche und des Christentums als willkommene Handhabe, gegen das Werk der Glaubensverbreitung zu polemisieren. Man hält den Missionaren vor, sie seien bloß willfährige Werkzeuge, hörige Steigbügelhalter und Erfüllungsgehilfen ihrer Regierungen, Agenten und Pioniere politischer und/oder wirtschaftlicher Interessen gewesen; sie hätten unter Verfälschung ihres genuin christlichen Auftrags maßgebliche Hilfestellung bei der expansiven und aggressiven Weltmachtpolitik geleistet. Das Mit- und Ineinander von Politik, Ökonomie und Mission bedeute einen skandalösen Mißbrauch des christlichen Verkündigungsauftrags und des missionarischen Dienstes.

Diese in solch undifferenzierter Weise vorgebrachte Kritik wird dem damaligen komplexen Sachverhalt nicht gerecht. Wenngleich die meisten Glaubensboten in einem möglichst konfliktfreien Verhältnis von Kolonialmacht und Mission die beste Gewähr für eine effektive Tätigkeit sahen, so haben sie sich – im ganzen be-

trachtet – um die innere und äußere Unabhängigkeit der Glaubensverkündigung von rein machtpolitischem Kalkül, imperialistischen Zielen und Methoden bemüht. Denn bei aller prinzipiellen Bereitwilligkeit zur Kooperation mit der weltlichen Macht wußten sie sich letztlich dem göttlichen Sendungsauftrag verpflichtet, den Menschen das in Christus geschenkte Heil zu verkünden und anzubieten. Damit soll keineswegs in Abrede gestellt werden, daß die Missionare ebenfalls von nationalen, patriotischen, sendungsideologischen und imperialistischen Ideen stark beeinflußt waren, die ihre Wirksamkeit und ihr Verhalten wie auch die Aktivitäten des heimatlichen Missionswesens maßgeblich geprägt hatten.

Neokolonialismus, neokoloniale Strukturen und Verhaltensmuster

Bei einer oberflächlichen Betrachtung der historischen Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg könnte man annehmen, daß mit dem Ende der Epoche des Kolonialismus und Imperialismus, nämlich der Auflösung der Kolonialreiche im Zug der Dekolonisierung, das Expansionsbestreben von Industrienationen nach politischer, wirtschaftlicher und militärischer Macht über andere Völker sowie jegliche Form von Abhängigkeit der sogenannten Entwicklungsländer von jenen beseitigt worden sind. Die Annahme trifft jedoch nicht zu. Denn Ende der fünfziger Jahre tauchte in politisch unabhängig gewordenen progressistischen Staaten wie Ghana und Guinea der Begriff Neokolonialismus auf.

Mit ihm suchte man das Faktum zu umschreiben, „daß auf ökonomischer Ebene die Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten fort dauert, obwohl die politische Unabhängigkeit erlangt war. Es ist daher verständlich, daß der Begriff des Neokolonialismus zunächst einen rein ökonomischen Inhalt hatte. In der folgenden Zeit zeigten jedoch die historische Erfahrung und die wissenschaftliche Analyse, daß die Abhängigkeit trotz Unabhängigkeit nicht nur durch ökonomische Mechanismen aufrechterhalten wird, sondern auch durch militärische Interventionen und ‚Militärhilfe‘, durch politischen Mord, durch Entwicklungshilfe, welche nicht die Autonomie des Empfängerlandes im Auge hat, durch ‚technologischen Imperialismus‘, durch Kultur und Ideologie ... Da diese verschiedenen Formen von Abhängigkeit sich gegenseitig komplettieren statt sich auszuschließen – man könnte als grobe Analogie aus einer Einzelgesellschaft das Verhältnis von Basis und Überbau heranziehen –, wäre es auch falsch, den Begriff des Neokolonialismus auf *eine* Form der Abhängigkeit bei Aus schluß anderer festzulegen.“¹

Mit der Zeit erhielt der Begriff Neokolonialismus noch eine andere inhaltliche Qualität. Ursprünglich bezeichnete er den Gegensatz zwischen irgendeiner afrikanischen Nation und einer imperialistischen Macht. Der weitere Entwicklungsgang offenbarte jedoch den nicht bestreitbaren Grundsachverhalt, „daß die Identifizierung des Neokolonialismus mit dem imperialistischen Ausland nicht oder nur um den Preis einer Ideologisierung des Begriffs aufrechtzuerhalten war: Entgegen den Hoffnungen aus den Zeiten der antikolonialen Kämpfe hat in den meisten früheren Kolonien nicht eine Gesellschaft, die von sozialer Gleichheit gekennzeichnet wäre, die Nachfolge der Kolonialgesellschaft übernommen, sondern

eine neue Kolonialgesellschaft, in welcher die Herrschaftspositionen von einheimischen Gruppen im Bündnis mit einem erneuerten Imperialismus übernommen sind.“²

Zur vielfältigen – manifesten oder mehr subtilen – neokolonialen Abhängigkeit der ehemals kolonisierten Völker vom Ausland gesellt sich also eine Dichotomie der Gesellschaft: ihre Spaltung in die privilegierte Gruppe einer nationalen besitzenden Klasse (Politiker, hohe Verwaltungsbeamte, einflußreiche Händler, Ärzte, Techniker, Professoren und sonstige Intelligenz) und in die der Volksmassen, die häufig um das nackte Überleben ringen. Die endogene neokoloniale Situation von Politik und Verwaltung läßt sich dadurch charakterisieren, daß dem Staat bei der Entwicklung einer nationalen besitzenden Klasse, die ihn als Revenuequelle und als Machtinstrument benutzt, eine zentrale Bedeutung zukommt. Diese Faktoren erschweren beziehungsweise blockieren den nationalen Integrations- und Identifikationsprozeß zusätzlich. Sie vermögen zugleich etwa die relative Ineffizienz der Entwicklungshilfe und sonstiger flankierender Maßnahmen für das anvisierte Ziel einer politischen und ökonomischen Autarkie zu erklären.

Darüber hinaus hat der Wandel vom Kolonialismus zum Neokolonialismus gleichfalls eine andere Dimension soziokultureller Entfremdung bewirkt, die nicht mehr allein das Verhältnis eines ehemaligen Kolonialvolks zum Ausland betrifft, sondern auch zu einem problematischen intranationalen Verhältnis geworden ist. Entfremdung im hier gemeinten Sinn liegt dann vor, wenn die Angehörigen der neuen Staatsklasse mit dem Ausland eng kooperieren und auf diese Weise ihre nationale Herrschaftsposition reproduzieren. Der Prozeß dieser Art von Entfremdung innerhalb des Neokolonialismus verdankt sich also seinen „nationalen Agenten“.

Innerhalb dieser Strukturen und Rahmenbedingungen, die in fast allen Ländern der Dritten Welt in ähnlicher Weise gegeben sind, obliegen die Missionare und einheimischen Kräfte der jeweiligen Ortskirchen dem Sendungsauftrag Christi. Hier sei kritisch zu fragen erlaubt, ob die westlichen Glaubensboten der postkolonialen Ära aus den unentschuldbaren Fehlern und Versäumnissen ihrer Vorgänger gelernt haben oder ob sie wie jene weiterhin einer arroganten Superiorität huldigen, sich einer eurozentristischen Haltung befleißigen und dem „narzißtischen Zauber einer geschichtlich gewordenen Kultur“³ erlegen sind. Wie steht es von seiten der Missionare und Ortskirchen mit der vielbeschworenen Option für die Armen und Entrechteten und der Solidarität mit ihnen, mit dem Einsatz für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit? Auf welcher Seite befinden sich die Missionare und Ortskirchen, wenn es gilt, gegen Machtmißbrauch der neuen Mächtigen, gegen die Verletzung elementarer Menschenrechte einzutreten? Fordern sie mit allem Nachdruck ihre Respektierung? Wo hat die Kirche ihren Platz im Kampf gegen jegliche Form von Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung? Paktiert sie etwa handfester Vorteile wegen mit menschenverachtenden

Machthabern? Prangert sie ungerechte Systeme und inhumane Strukturen an oder werden sie von ihr widerspruchslos akzeptiert? Welches sind die Prioritäten beim missionarischen und pastoralen Dienst? Finden die Kulturen, Bräuche, Gewohnheiten, Rechtsvorstellungen und das Lebensgefühl nichtwestlicher Völker und Gesellschaften im Leben dieser Kirchen angemessene Berücksichtigung?

Den aufgeworfenen Fragen wird hier nicht näher nachgegangen. Sie sollen vor allem auf die angesprochenen Sachverhalte aufmerksam machen und gegebenenfalls anregen, sich damit kritisch auseinanderzusetzen.

Situation der Entwicklungsländer und ihre Ursachen

Im Zug militärischer Okkupationen und der nach Methoden, Intensität und Systematik je unterschiedlich gehandhabten Durchdringung Lateinamerikas, Afrikas und Asiens durch den Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus von seiten europäischer Mächte, der USA und Japans verloren diese Kontinente ihre politische, sozioökonomische und kulturelle Selbständigkeit; außerdem haben die kapitalistischen Industrienationen ihnen eine internationale Arbeitsteilung oktroyiert. Diese seit Beginn der Kolonialära konsequent betriebene und schrittweise ausgebauten Arbeitsteilung hat tiefgreifende und folgenschwere Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen, die bis heute die Länder der Dritten Welt charakterisieren.

Die historisch gewachsenen internationalen Herrschaftsstrukturen werden nirgendwo so deutlich greifbar wie in der Beziehung kapitalistischer Staaten zu den lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Gesellschaften, die zu deren Einflusssphäre zählten und größtenteils noch immer gehören. Die kapitalistische Durchdringung hat autarke gesellschaftliche Strukturen zerstört, darüber hinaus neue Staaten geschaffen, entweder willkürlich am Reißbrett oder als Ergebnis militärischer Auseinandersetzungen.

Die ökonomische Orientierung kolonialer Gesellschaften an den Bedürfnissen der „Mutterländer“ hat Strukturen geschaffen, die sich bis in die Gegenwart sowohl auf die besondere Weise der Produktion und den spezifischen, reglementierten Export als auch auf die politischen Systeme und das Gesellschaftsgefüge auswirken. Die Eingliederung in die internationale Ökonomie und diese von außen erzwungene Arbeitsdifferenzierung mußten mit der Zeit zwangsläufig zur Bildung einer Kluft zwischen den Industrienationen und den Dritte-Welt-Ländern führen. Solche vom kapitalistischen Interesse an einer egoistischen Profitmaximierung diktierte Wirtschaftsformen haben „sich merklich auch auf politische Institutionen und gesellschaftliche Gruppierungen ausgewirkt. Wie im ökonomischen Bereich die kolonialen Gesellschaften ihrer Selbständigkeit verlustig gegangen sind, so ermangeln die Gesellschaften der Dritten Welt auch im politischen

und sozialen Bereich einer eigenständigen Identität – eine Erscheinung, die sich bis in die Brüchigkeit individueller Psyche zurückverfolgen läßt und gerade auch hier die enormen destruktiven Auswirkungen kolonialer, imperialistischer und neokolonialer Politik aufzeigt.“⁴

Neueren sozialwissenschaftlichen Studien zufolge über Lage und Entwicklungsdynamik der Gesellschaften der Dritten Welt ist die Unterentwicklung Resultat von historischen Prozessen und nicht, wie lange angenommen, Ausdruck von gleichsam natürlichen Tatbeständen und prädisponierter Statik sogenannter traditionaler Sozietäten. Die in ihnen zu beobachtenden gesellschaftlichen Verhältnisse und ökonomischen Strukturen wie deren Folgewirkungen, etwa die spezifischen Formen der Ausbeutung durch den Neokolonialismus, gesellschaftliche Desintegration und Heterogenität, starke außenwirtschaftliche Dependenz, Abhängigkeit von wenigen Exportprodukten, mangelnder beziehungsweise fehlender Ausbau einer Infrastruktur, relativ niedriger Industrialisierungsgrad, Ausbildungsmängel, hohe Analphabetenquote, unzureichende Ernährung, Gesundheitsmängel und ungenügende medizinische Versorgung, chronische Arbeitslosigkeit, meist in verdeckter Form, horrende Auslandsverschuldung und Bevölkerungsexplosion mit dem bedrückenden Problem einer grassierenden Armut, sind das Ergebnis der Integration dieser Gesellschaften in einen arbeitsteiligen Weltmarkt und in das von den Metropolen beherrschte Weltwirtschaftssystem. In ihm werden die ehemaligen Kolonialmächte und heutigen hochindustrialisierten Länder systematisch bevorzugt und die ehemaligen kolonisierten Völker und Quasi-Kolonien systematisch benachteiligt. Die Entwicklung der westlichen Mächte seit der Industriellen Revolution und die Unterentwicklung in den Ländern der Dritten Welt sind komplementäre Phänomene, gelegentlich kann eine antagonistische Grundsituation vorliegen.

Entwicklungshilfe im Widerstreit der Meinungen

Die den „armen Ländern“ von nationalen und internationalen Entwicklungsagenturen, von öffentlichen und privaten Hilfsorganisationen wie auch von den Kirchen gewährte Unterstützung, die bei der Lösung der in ihnen herrschenden Krisen und Probleme sowie bei der Überwindung von Rückständigkeit, von Armut und Hungersnöten dienlich sein und die ihnen zu einem sich selbst tragenden Wachstum, zur Befriedigung von Grundbedürfnissen sowie zur politischen Stabilisierung und gesellschaftlichen Integration beitragen möchte, ist seit einiger Zeit arg ins Gerede gekommen. Neben entschiedenen Befürwortern der Entwicklungshilfe gibt es nämlich auch Skeptiker und dezidierte Gegner. Letztere plädieren für den sofortigen Abbruch der sogenannten „tödlichen Hilfe“ (Brigitte Erler), da sie in der Entwicklungshilfe einen Neoimperialismus und Neokolonialis-

mus erblicken wollen. Deshalb stelle sie ein untaugliches Instrument dar zur Beseitigung bestehender Disparitäten und Abhängigkeiten. Die Entwicklungsländer selbst betrachten Entwicklungshilfe im allgemeinen zumindest als moralische Pflicht. Hinsichtlich der hochindustrialisierten Geberländer vertreten sie sogar die Auffassung, einen Rechtsanspruch darauf zu besitzen, der in der kolonialen Ausbeutung sowie in den postkolonialen Dependenz und Benachteiligungen begründet liege.

Tatsache ist, daß seit Bestehen der in den wohlhabenden Staaten institutionalisierten und von ihnen geleisteten Entwicklungshilfe die armen Länder ärmer, die reichen hingegen reicher geworden sind, und daß der progressiv wachsende Schuldenberg einiger Entwicklungsländer inzwischen erschreckende Ausmaße angenommen hat und vor allem den afrikanischen Kontinent zu erdrücken droht. Aufgrund dieser Tatbestände und der häufig aus eurozentristischer Mentalität erzeugten oder zurückgelassenen Entwicklungsruinen, kurz des Mißerfolgs der Entwicklungspraxis und der verheerenden konkreten Folgewirkungen wegen der konzeptionellen Gleichsetzung von Entwicklung mit Industrialisierung, wodurch eine soziale Mobilisierung im Sinn von Urbanisierung, Alphabetisierung und Proletarisierung der Bevölkerung ausgelöst worden ist, deren politische Konsequenzen im traditionellen Status quo nur schwerlich eingefangen werden konnten, hatte man einsehen müssen, daß andere Entwicklungsstrategien vonnöten sind. Andererseits bringen zahlreiche, weithin durch Konformität, Irrationalität (Animismus, Fetischismus, Fatalismus), starre sozioökonomische Strukturen sowie durch mangelnde Bildung geprägte Gesellschaften in der Dritten Welt keine günstigen Voraussetzungen mit für eine dynamische Entwicklung. Das ihnen eigene Verständnis von Arbeit und Freizeit fördert zwar humane Werte, aber kaum materielle Entwicklung.

Es kann hier nicht darum gehen, den dafür verantwortlichen Ursachen, Gründen und Bedingungen nachzuspüren, sie zu analysieren und kritisch zu beurteilen. Hier interessiert lediglich das erwähnte Faktum. Aus der Gesamtproblematik der Entwicklungshilfe beziehungsweise Entwicklungspolitik werden nur ein paar Aspekte herausgegriffen, die für den vorliegenden Zusammenhang bedenkenenswert erscheinen.

Von vornherein sei als Postulat mit allem Nachdruck reklamiert: Mißstände und Fehlentwicklungen in der Kooperation zwischen Geber- und Nehmerländern, und seien sie noch so schwerwiegend, dürfen nicht dazu führen, die dringend benötigte Entwicklungshilfe einzustellen. Kurskorrekturen, neue Konzepte und Strategien, inspiriert und getragen vom Prinzip der Subsidiarität, sind gefordert. Sämtliche Überlegungen haben sich zu orientieren an der Würde des Menschen als geistbegabter Person. Immer dann, wenn Menschen sich in Gefahr befinden, an Hunger oder Krankheit zu sterben, müssen alle anderen Erwägungen hintangesetzt, muß alles getan werden, ihr Leben zu retten.

Hilfe zur Entwicklung, zur Selbsthilfe, muß als integraler Prozeß verstanden werden, der sämtliche Aspekte des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereichs berücksichtigt. Dabei sind vor allem die Menschen zur Entwicklung zu befähigen und zu motivieren, diese Fähigkeit den eigenen Bedürfnissen und Gegebenheiten gemäß einzusetzen. „Solange die Industrieländer Entwicklungshilfe als Leistungsexport begreifen, behindern sie in armen Ländern Entwicklungsprozesse. Sie fördern damit die Erhaltung von Almosengesellschaften, an denen sie auf die Dauer kein ökonomisches Interesse haben können. Die Alternative zwischen Produkt und Prozeß ist nicht künstlich; sie ist in vielen Fällen anwendbar. Die Erfahrung hat gezeigt, daß solche Projekte am erfolgreichsten waren, in denen sich der Außenbeitrag im wesentlichen auf Prozeßhilfe beschränkte.“⁵

Wohlverstandene, langfristig effiziente Entwicklungshilfe hat endlich Abschied zu nehmen von den von außen aufgepropften Entwicklungsprojekten – häufig Prestigeobjekte –, von einer reinen Wohltätigkeit, einer Samariter-Attitüde, einer „Weihnachtsmannmentalität“, die Eigeninitiative, kreative Phantasie, sinnvolles Tun, kritischen Verstand und verantwortliches Verhalten nicht aufkommen läßt, vielmehr die Menschen in unwürdiger Abhängigkeit hält. Sie hat definitiv Abschied zu nehmen von einem Paternalismus, der einerseits Ausdruck des kulturellen Überlegenheitsdünkels ist und andererseits ein Indiz für die Mißachtung, zumindest für die Geringschätzung der einheimischen Kultur darstellt. Gute Entwicklungshilfe impliziert schließlich auch den Kampf gegen die die Menschen in ihrer Entfaltung behindernden Machtstrukturen.

Die intellektuell redliche und rücksichtslose Besinnung auf Fehler und Versäumnisse bezüglich der Entwicklungshilfe vermag eine Änderung der Mentalitätsstrukturen und Denkgewohnheiten, die den Menschen und der komplexen Situation in den Entwicklungsländern nicht gerecht werden, zu bewirken. Diese kritische Reflexion darf sich freilich nicht auf die Defizite im Bereich der staatlichen Entwicklungshilfe beschränken. Sie muß vielmehr auch die von seiten der Kirche und Mission geübte Praxis der Entwicklungshilfe einer schonungslosen Überprüfung unterziehen.

Geistiger und geistlicher Neokolonialismus

Ein weiterer Sachverhalt, der mit dem Etikett Neokolonialismus versehen ist, bezieht sich auf den geistig-geistlichen und kulturellen Bereich. Dabei handelt es sich vornehmlich um das Erziehungs-, Schul- und Bildungswesen, um die Sprachenproblematik und Sprachpolitik – vor allem auf dem afrikanischen Kontinent –, aber auch um die Art und Weise der Evangelisation, um die religiöse Unterweisung der Gläubigen, die theologische Ausbildung der künftigen Priester wie um

das Bemühen der Inkulturation der christlichen Botschaft in nichtwestlichen Ortskirchen. Im folgenden werden einige der erwähnten Aspekte skizziert.

1. *Das Bildungswesen*

Ein wichtiges Instrument, um gegenüber den zahlreichen Formen der Abhängigkeit freier zu werden und in den Genuß einer verbesserten Lebensqualität zu gelangen, stellt eine gediegene Schulbildung dar. Sie ist auch eine fundamentale Voraussetzung, um in der Entwicklungshilfe Effizienz zu erzielen. Komplementär dazu ist eine umfassende Aufklärungsarbeit notwendig unter sämtlichen Gruppen der Bevölkerung, die keinen Schulunterricht genossen haben beziehungsweise erhalten. Denn der gravierende Mangel an Bildung und Aufklärung verhindert den gesellschaftlichen Aufstieg, unterbindet Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere des einfachen Volkes, er blockiert den Aufbau der erforderlichen Infrastruktur und läßt viele Projekte bereits im Vorfeld oder in der Frühphase ihrer Realisierung scheitern. So liest man zu diesem Dilemma⁶:

„Erfolgos versucht man, Bauern den Genossenschaftsgedanken näherzubringen. Aber wie sollen sie dem auch trauen, wenn sie wegen fehlender Rechenkenntnisse die Buchführung der Kooperative schon nicht kontrollieren können? Schulungen von Landwirten erwiesen sich als schwierig, weil es diesen Probleme bereitet, Objekte auf Demonstrationsschaubildern mit denen der Wirklichkeit zu identifizieren. Was sollen Anweisungen in Hygiene, wenn die Leute glauben, Krankheiten seien das Werk von Geistern? Wie kann man auch nur Ahnungen wirtschaftlicher Zusammenhänge erhoffen, wenn doch angeblich Allah alles schenkt? Und daß viele moderne Maschinen und Anlagen in kürzester Zeit ruiniert sind, ist auch auf ungenügendes technisches Grundwissen zurückzuführen. Es gehört zu den spektakulärsten Verirrungen der Entwicklungszusammenarbeit, jahrzehntelang Landwirtschaft, Technik und Gesundheit gefördert, aber vorher nicht die Bildungsvoraussetzungen dafür geschaffen zu haben, daß diese Maßnahmen in das Leben der Menschen integriert werden konnten.“

Angesichts einer derartigen Situation und Mentalität bedarf es verstärkter Bildungsanstrengungen, wird dringend eine Schulbildung benötigt, um sinnvolle, moderne Entwicklung nicht länger zu behindern, um darüber hinaus Voraussetzungen für eine rationalere Gestaltung der persönlichen und öffentlichen Lebenswelt zu schaffen. Der Erwerb von Wissen und Bildung, der Zugang zu allen Schultypen, ja selbst zur Universität, soll jedem als ein Grundrecht gewährleistet sein, um seine ureigenen Interessen artikulieren und durchsetzen wie auch am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen und an den Segnungen des Fortschritts partizipieren zu können. Aber schon ein flüchtiger Blick in Statistiken zeitigt ein deprimierendes Resultat der Bildungssituation in Ländern der Dritten Welt: Der Anteil der Bevölkerung an Analphabeten liegt auf hohem Niveau. Die Einschulungsrate der schulpflichtigen Kinder beträgt bisweilen weniger als zwanzig Prozent. Die Zahl der Repetenten, die das Klassenziel nicht erreichen, und die der vorzeitigen Abgänger ist oft extrem hoch. Viele Elementarschüler absolvieren nicht die vorgeschriebene Schulzeit. Die dafür verantwortlichen Ursachen sind vielfältig.

In vielen Entwicklungsländern wird Bildung von der Oberschicht als für sie ausschließliches Monopol usurpiert, um – nach dem Motto „Bildung ist Macht“ – ihren Kindern Herrschaftsvorsprünge zu sichern. Kinder aus solch privilegierten Familien erhalten vom Staat erheblich größere Förderung und Unterstützung als die der anderen gesellschaftlichen Gruppen. Der Bildungskanon und die Bildungsziele orientieren sich nicht an den Bedürfnissen der überwiegend ländlichen Bevölkerung. Sie reproduzieren vielmehr das kulturelle Erbe der ehemaligen Kolonialherren, das die neue Elite, in der Regel von den Errungenschaften des Westens fasziniert, verinnerlicht hat und von dem sie meist als einziger Nutznießer profitiert. Dabei kommt es keineswegs so selten vor, daß diese Elite ihre eigene kulturelle Identität mit jener der Bevölkerungsmehrheit ihres Landes verwechselt. Die Schule trägt zur Entfremdung der Kinder, Schüler und Studenten von ihrer angestammten Umwelt und nicht selten zum Verlust von kultureller Identität bei, insbesondere wenn das Studium im Ausland absolviert wird. Zudem verdrängt der Unterricht die Muttersprache, vor allem in den anglo- und frankophonen Ländern. So erfolgt zum Beispiel in keinem einzigen Staat auf dem Schwarzen Kontinent die Universitätsausbildung in einer afrikanischen Sprache, sondern zu meist in Englisch oder Französisch, nicht zuletzt deshalb, weil wissenschaftliches Material und technische Geräte aus dem Ausland stammen. Häufig müssen Kinder zunächst Jahre darauf verwenden, europäische Sprachen zu erlernen.

Wie erwähnt, verwehren Oligarchien zahlreicher Entwicklungsländer aus Hegemonialbestrebungen und zwecks Sicherung ihrer Position und Privilegien der breiten Bevölkerung eine Bildung. Ein derartig egoistisches und engstirniges Verhalten schreibt mutatis mutandis die Politik ehemaliger Kolonialmächte fort, deren Hintergedanken darin bestand, emanzipatorisches Ideengut europäischer Provenienz sowie technische Kenntnisse und praktische Errungenschaften des Westens den indigenen Gesellschaften möglichst lange vorzuenthalten. In Afrika manifestiert sich dies hauptsächlich in der auf die europäischen Kolonialherren zurückgehenden Sprachenproblematik. Danach hat die von ihnen eingeführte Schulpolitik bewirkt, daß bis in die Gegenwart nichtafrikanische Sprachen den afrikanischen übergeordnet sind. Diese Problematik vermag man erst dann in ihrer vollen Tragweite adäquat zu erfassen, wenn man sich die Bedeutung der Sprache als wichtigstes Kommunikationsmittel wie auch als Vehikel zum Erwerb von Bildung und Kultur vor Augen hält.

Speziell für den kirchlich-missionarischen Bereich bleibt folgendes anzumerken: Auch wenn die im Juli 1986 von Vertretern der Gruppe „Besorgte Evangelikale“ formulierte kritische Äußerung, „man könnte manchmal den Eindruck gewinnen, die christlichen Kirchen in Afrika seien weiße Institutionen zur Durchsetzung weißer Interessen“⁷, der Arbeit und den Motiven der Missionare in dieser undifferenzierten Weise nicht gerecht wird, so haben sie aber faktisch die ihnen angelastete Rolle bis weit in unser Jahrhundert hinein gespielt. Die Legiti-

mität des europäischen Zugriffs auf den Schwarzen Kontinent ist von ihnen prinzipiell nicht bestritten worden. Durch Vernachlässigen, ja durch Zerstörung traditionaler Kultur- und Gesellschaftsstrukturen sowie durch eine starke Orientierung auf das Jenseits in Predigt und Katechese haben sie – bewußt oder unbewußt – die Gläubigen von den kritikwürdigen konkreten Zuständen und inhumanen Lebensbedingungen abgelenkt und sie kompensatorisch auf die himmlischen Tröstungen hingewiesen. Außerdem haben sie dadurch vielfach Inferioritätskomplexe gefördert, innerweltliches Engagement aus dem Geist des Evangeliums erschwert und politische Protestpotentiale neutralisiert. Das mindert das gesellschaftskritische Potential der Kirchen und engt auch vielfach ihren Spielraum zur Entwicklung einer je authentischen Spiritualität ein.

Fast überall ist das Verhältnis der Kirche zu den herrschenden Eliten problematisch. Sie zeigt sich häufig angepaßt und konfliktscheu. Die Regierungen erwarten ihrerseits von der Kirche, daß das koloniale Modell der reibungslosen Kooperation beibehalten wird. Die Lokalkirchen werden von ihnen aufgefordert zu systemkonformem Verhalten, das die staatliche Autorität stützt und die Bürger anhält, den ihnen von Staatsräson und Klasseninteresse zugedachten Part zu spielen. Nehmen die Kirchen ihren Sendungsauftrag ernst und verweigern sie die Mitarbeit um jeden Preis mit den Regierungen, so kommt es zu Konflikten.

Aus all dem wird das Dilemma deutlich, in dem die missionierende Kirche sich befindet. Aber neben der Verkündigung der Glaubensbotschaft ist es ihre undisponierbare Pflicht, sich zum Wohl der Menschen gegen Unrechtssysteme und neokolonialistische Machenschaften zur Wehr zu setzen, die Rechte und die Würde der Menschen unerschrocken zu verteidigen, für den Frieden einzutreten, den Hunger in der Welt zu bekämpfen und sich um die Schöpfung zu sorgen, daß der natürliche Lebensraum der Menschen nicht unverantwortlich und irreparabel zerstört wird.

2. Inkulturation des Evangeliums und Kontextualisierung der Theologie

In den vergangenen vier Jahrzehnten hat die Kirche in den sogenannten Entwicklungsländern ein erstaunliches Wachstum verzeichnen können. Während dieses Zeitraums ist sie, geographisch und demographisch betrachtet, in einem bis dahin kaum vorstellbaren Ausmaß zur Weltkirche avanciert. Demgegenüber muß die Kirche in der westlichen Welt hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl empfindliche Einbußen hinnehmen. Das Interesse der Katholiken in diesen Ländern an der Kirche und ihre Beteiligung am kirchlichen Leben sind rückläufig, der Einfluß der Kirche auf den privaten und öffentlichen Bereich sinkt unaufhörlich. Auch durch die erwähnten Faktoren im Bewußtsein ihrer je eigenständigen Geschichte, Kultur und Tradition erstarkt, wollen die Ortskirchen der Dritten Welt ihr Geschick zunehmend in die eigene Hand nehmen; sie sind nicht länger gewillt, sich von außen bevormunden oder gar gängeln zu lassen. Legitimiert dazu sehen sie

sich insbesondere durch die einschlägigen Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Diese Haltung manifestiert sich konkret im Bemühen, in Theologie, Liturgie, Verkündigung, Pastoration und Kirchendisziplin Aussageweisen und Formen zu finden, die den Bedürfnissen, dem Selbstverständnis, dem Verstehens- und Deutehorizont sowie den Denk- und Mentalstrukturen der Menschen einer bestimmten Kulturregion angepaßt sind. Gemeint sind damit die Inkulturation der christlichen Botschaft und die Kontextualisierung der Theologie, die ja nicht zum Selbstzweck degenerieren darf. Bei diesem Bemühen geht es also neben der wissenschaftlichen Reflexion und Analyse vor allem darum, die Evangelisation getreu nach der biblischen Verkündigung auszurichten, aus dem christlichen Glauben Sinn zu erschließen und zu deuten, darüber hinaus auch darum, den heilsgeschichtlichen Auftrag und die christliche Verantwortung im jeweiligen politischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Kontext wahrzunehmen.

Ziel von Verkündigung und Mission ist folglich nicht die kulturelle Vereinheitlichung, nicht die Uniformität aller religiösen Sprachen, Denkformen und Riten, vielmehr die Respektierung der je anderen kulturellen Eigenständigkeit. Nur durch eine sachgemäße Inkulturation kann das Christentum dauerhaft verwurzelt werden. Denn auf diese Weise bringt man den religiösen Traditionen, Kulturformen und Völkern der nichtwestlichen Welt die Achtung und Liebe entgegen, die Christi Weisung den Glaubensboten zur verpflichtenden Norm auferlegt hat. Dadurch wird zugleich das Verständnis der christlichen Religion angebahnt und erleichtert, außerdem werden die Wege des Herrn besser vorbereitet. Eine solchermaßen menschliche wie christliche Hoffnung bedeutet das „Ende der Exportreligion“ und eine Absage an den „Europäismus im Missionsbetrieb“, was jedoch nicht dem Ende des Evangeliums vom Gottesreich gleichkommt. Deshalb darf als Ziel der „Verkündigung unter allen Völkern“ bloß das anvisiert werden, was bereits Nikolaus von Kues als Ausdruck einer Hoffnung klassisch formuliert hat: „Religio una in rituum varietate“ – „Die eine Religion in der Vielfalt der Riten“.

Bei diesem Prozeß müssen die Kulturen durch die unverfälschte christliche Botschaft umgeformt und durchdrungen werden, ohne daß dabei das Edle in ihnen Schaden leidet. An einer zugleich glaubens- und kulturgerechten Bewältigung dieser Spannung entscheidet sich die Frage, ob die christliche Mission in den Ländern der Dritten Welt eine echte Chance besitzt und eine Zukunftsperspektive eröffnet, die sich auf Dauer als tragfähig erweist.

Die erwähnten theologischen Bestrebungen und das Plädoyer für eine Theologie im Pluralismus heutiger Kulturen finden ihre Legitimation in den Texten des kirchlichen Lehramts, die die Inkulturation und Kontextualisierung der Theologie als unerläßliche und dringliche Aufgabe bezeichnen. So hat etwa Papst Johannes Paul II. in seiner Ansprache an die Bischöfe von Zaire in Kinshasa am 3. Mai

1980 die Inkulturierung der Glaubensverkündigung, die Afrikanisierung der Kirche als einen wichtigen Aspekt der Evangelisierung herausgestellt. Die Verwirklichung dieses Entwurfs einer afrikanischen Kirche, deren Authentizität dem Menschen dieses Kontinents die „Pflicht zur Bekehrung“ nicht erspare, bleibt allerdings schwierig.

Äußerungen des obersten Lehramts, in denen die Pluriformität, die Einheit in ihrer Vielfalt innerhalb der Kirche als legitim anerkannt wird, fordern die Kirchen in den Dritte-Welt-Ländern geradezu auf, echte Indigenisierung zu betreiben, der Inkarnation des Christentums in die verschiedenen Kulturen Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Arbeiten an der Konzipierung bodenständiger und genuiner Theologien gewürdigt werden, denen für das adäquate Verstehen der Heilsbotschaft und für die theologische Durchdringung der geschichtlichen, das heißt der zeit- und kulturbedingten Gestalt der christlichen Glaubensaussagen nicht zu überschätzende Relevanz zukommen.

Mission im Kräftefeld des Neokolonialismus

Das Problem des Neokolonialismus ist gegenwärtig ein häufig beredetes Thema, insbesondere wenn Fragen kontrovers erörtert werden, die im Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik der Industrienationen stehen oder sich auf die in den letzten Jahren rapid angewachsene Auslandsverschuldung vieler Dritte-Welt-Länder beziehen. Verschärft wird die erwähnte Problematik durch die negative Auswirkung in den internationalen Beziehungen, die die Entwicklungsländer betreffen; sie ist maßgeblich bedingt durch den Gegensatz zwischen Ost und West, denen zwei unterschiedliche Auffassungen von der Entwicklung der Menschen und Völker zugrunde liegen. Mit Bezug auf diesen Sachverhalt bemerkt Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „*Sollicitudo rei socialis*“ vom 30. Dezember 1987: Jeder der beiden Blöcke berge auf seine Weise in sich die „Tendenz zum Imperialismus... oder zu Formen eines Neokolonialismus: eine naheliegende Versuchung, in die man nicht selten fällt, wie selbst die jüngste Geschichte noch lehrt.“⁸ Und weiter heißt es dazu in der Enzyklika:

„Die eben erst unabhängig gewordenen Länder, die für ihre Anstrengungen, eine eigene kulturelle und politische Identität zu erlangen, den wirksamen und selbstlosen Beitrag der reicheren und entwickelteren Länder nötig hätten, sehen sich in ideologische Konflikte hineingezogen – und manchmal sogar von ihnen überwältigt –, die im Innern des Landes unvermeidliche Spaltungen erzeugen und in gewissen Fällen sogar wahre Bürgerkriege entfesseln. Dies auch deswegen, weil die Investitionen und Entwicklungshilfen oft ihrem eigentlichen Zweck entzogen und dazu mißbraucht werden, Gegensätze zu vertiefen, außerhalb und sogar gegen die Interessen der Länder, die dadurch gefördert werden sollten. Viele von ihnen werden sich immer mehr der Gefahr bewußt, zu Opfern eines Neokolonialismus zu werden, und versuchen, sich herauszuhalten. Ein solches Bewußtsein hat, wenn auch unter Schwierigkeiten, Schwankungen und gelegentlichen Widersprüchen, die internationale ‚Bewegung der blockfreien Länder‘ hervorgebracht, die, was ihre positive Ausrichtung betrifft, das

Recht jedes Volkes auf seine Identität, auf seine Unabhängigkeit und Sicherheit sowie auf der Grundlage von Gleichheit und Solidarität, das Recht zur Nutzung der Güter, die für alle Menschen bestimmt sind, in wirksamer Weise vertreten möchte.“⁹

In dieser schwierigen Situation haben die Ortskirchen in der Dritten Welt den Dienst am Wort Gottes zu verrichten. Zugleich obliegt ihnen die Aufgabe, für die Menschen kompromißlos Partei zu ergreifen, ihnen bei der Durchsetzung ihrer legitimen Interessen beizustehen, ihnen zu helfen, damit ihre elementaren Bedürfnisse befriedigt werden. Ein Verhalten, das etwa aus Bequemlichkeit, aus falscher Rücksichtnahme, aus Sorge vor Konflikten darauf vergäße, wäre Verrat am Evangelium, am Geist Jesu. Jeder Art von Komplizenschaft mit den Mächtigen, die die Anliegen und berechtigten Forderungen sämtlicher Bevölkerungsgruppen nicht respektieren, ist eine entschiedene Absage zu erteilen.

Die Menschen in den Entwicklungsländern trachten nach der eigenen Befreiung von den vielfältigen Sachzwängen und Hindernissen, denen sie sich ausgesetzt sehen, um ein humaneres Leben zu führen. Das Streben nach Befreiung von jeglicher Form der Unterdrückung und Knechtschaft von Mensch und Gesellschaft stellt ein durchaus legitimes Anliegen dar. Aber es darf nicht im rein Innerweltlichen aufgehen. Hier sind die Kirchen aufgerufen, den Blick der Menschen auf die Transzendenz, auf die übernatürliche Wirklichkeit zu lenken.

„Eine rein wirtschaftliche Entwicklung vermag den Menschen nicht zu befreien; im Gegenteil: sie versklavt ihn schließlich nur noch mehr. Eine Entwicklung, die nicht die ‚kulturelle, transzendente und religiöse Dimension‘ der Menschen und der Gesellschaft umfaßt, trägt in dem Maße, wie sie die Existenz solcher Dimensionen nicht anerkennt und die eigenen Ziele und Prioritäten nicht an ihnen ausrichtet, ‚noch weniger‘ zu einer echten Befreiung bei. Die menschliche Person ist nur dann ganz frei, wenn sie ‚zu sich selbst gekommen ist‘ und in der Fülle ihrer Rechte und Pflichten lebt; dasselbe läßt sich von der Gesellschaft als ganzer sagen.“¹⁰

ANMERKUNGEN

¹ F. Streiffeler, Zur Sozialpsychologie der neokolonialen Situation, in: ZfK 34 (1984) 394–400, 396; siehe zum Ganzen: ders., Sozialpsychologie des Neokolonialismus. Intergruppenbeziehungen in Zaire (Frankfurt 1982); W. J. Mommsen, Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen (Göttingen 1977), bes. 91–110. Im Dokument „De iustitia in mundo“ der römischen Bischofssynode von 1971 heißt es: „Mißlingt den Entwicklungsländern und ihren Völkern die Befreiung durch den Fortschritt, dann besteht eine ernste Gefahr, daß die durch die (frühere) Kolonialherrschaft verschuldete Lage in einen Neo-Kolonialismus umschlägt, unter dem sie zum Spielball internationaler (privater) Wirtschaftsmächte werden“ (in: Texte zur katholischen Soziallehre, hrsg. v. O. v. Nell-Breuning, Köln³ 1976, 530).

² F. Streiffeler, Zur Sozialpsychologie der neokolonialen Situation 396.

³ Botschaft Papst Pauls VI. zum Weltfriedenstag 1976, in: Dienst am Frieden (Verlautb. d. Ap. Stuhls 23, Bonn 1980) 159.

⁴ D. Senghaas, Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung, in: Politische Bildung 11 (1978) 27–38, 32.

⁵ R. Neudeck, K. Gerhardt, Sorgenkind Entwicklungshilfe. Berichte, Analysen, Perspektiven (Bergisch Gladbach 1987) 442 f.

⁶ K. Gerhardt, „In den Händen des Volkes“. Erfahrungen mit Entwicklungshilfe im Niger, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33–34/87, 3–19, 17.

⁷ W. Wille, Märtyrer und Opportunisten. Die Rolle der christlichen Kirche in Afrika, in: Das Parlament 33–34 (15./22. 8. 1987) 17. ⁸ Verlautb. d. Ap. Stuhls 82 (Bonn 1988) 25. ⁹ Ebd. 24. ¹⁰ Ebd. 57.